

Michael Walther  
BIBS Fraktionsgeschäftsführer  
im Rat der Stadt Braunschweig  
Platz der Deutschen Einheit 1  
38100 Braunschweig

0531/ 470-2180  
michael.walther@bibs-fraktion.de

Braunschweig, 23. Mai 2007

## **Pressemitteilung**

### **Keine Neuausweisung von Baugebieten**

### **Konzeptlose Bevölkerungs- und Stadtentwicklungspolitik in Braunschweig**

Eine weitere unqualifizierte Ausweisung von verkehrlich schlecht zu erschließenden Baugebieten ist aus klima- und energiepolitischen Gesichtspunkten irrsinnig. Das geplante und umstrittene Baugebiet Buchenberg am Kanzlerfeld macht keinen Sinn. Die Stadt Braunschweig hält weiter an einer intensiven Baulandpolitik fest. Mit der Argumentation, dass die Bevölkerungszahl in der Perspektive sinken wird, die Anzahl der Haushalte derzeit aber zunimmt, werden weiter großen Flächen versiegelt.

Das von der Verwaltung viel zitierte GEWOS-Gutachten prognostiziert der Stadt Braunschweig einen sinkenden Bedarf an Mietwohnungen in Mehrfamilienhäusern und einen Bedarf an Einfamilienhäusern. Aktuelle Forschungs- und Zeitungsberichte zeigen erste Anzeichen für einen Rückwärtstrend in die Stadt. Vor allem ältere Menschen ziehen aus dem Umland in die Stadt zurück. Jüngere Menschen entdecken die Qualitäten des innerstädtischen Wohnens gegenüber dem Wohnen im Umland. Damit steigt der Bedarf an Wohnungen im Mietbereich perspektivisch an, für die in Braunschweig ausreichende Kapazitäten vorhanden sind. Konkrete Ziele zur Bevölkerungs- und Stadtentwicklung, Indikatoren und eine Evaluation durch die Verwaltung fehlen!

Der NABU kritisierte jüngst die Entwicklung im ländlichen Raum: „(...) Die bereits hergestellte Infrastruktur verursacht enorme Kosten durch Vorfinanzierung und Unterhalt. (...) Selbst Gemeinden, die sich heute noch in einer ´Wachstumsregion´ sehen, wird die stagnierende, alternde und schrumpfende Wirtschaft und Gesellschaft früher oder später einholen. Umso wichtiger ist es, sich früh genug darauf einzustellen.“ Die gestern in der Tagesschau vom Statistischen Bundesamt veröffentlichten Zahlen zur Bevölkerungsentwicklung prognostizieren einen durchschnittlichen Bevölkerungsrückgang in der Bundesrepublik im Westen um ca. 10%, in den ostdeutschen Ländern um bis zu 30%. Das wird auch an Braunschweig nicht spurlos vorbeiziehen. Der Demographiebericht der Bertelsmann Stiftung ([www.wegweiserdemographie.de](http://www.wegweiserdemographie.de)) prognostiziert der Stadt Braunschweig bis 2020 einen Bevölkerungsrückgang um 3,5%. Das entspricht ca. 8.400 Personen! Die in der Braunschweiger Zeitung vom 23.05.07 veröffentlichten Zahlen zu Baulandpreisen zeigen sinkende Preise und signalisieren damit eine sinkende Nachfrage für Braunschweig.

Welche Einwohnerzahl strebt die Stadt Braunschweig im Jahr 2020 an? Wie soll die Bevölkerungsstruktur aussehen (Altersdurchschnitt)? Durch welche Maßnahmen und Strategien sollen diese Ziele erreicht werden?

Welche klima- und energiepolitischen Ziele will die Stadt erreichen? Alt bekannte Maßnahmen präsentiert der Oberbürgermeister, konkrete Ziele (beispielsweise: Reduktion CO<sub>2</sub> Emission bis 2015 um 50%) nicht!

Im Rahmen der aktuellen Klimaschutzdebatte und daraus resultierenden Maßnahmen zur Energievermeidung sind weitere Flächenversiegelung und der Einfamilienhausbau (mit schlechteren Energiebilanzen als Mehrfamilienhäuser) nicht vertretbar.

Eine aktive Bevölkerungs- und Standortpolitik bedarf mehr, als der simplen Ausweisung von Baugebieten. Welche Maßnahmen zur Attraktivitätssteigerung des Standorts Braunschweig für verschiedene Bevölkerungsgruppen (Familien, alte Menschen, Menschen mit Behinderungen, Studierende, junge Singlehaushalte mit Geringverdienern, Singlehaushalte mit gut Verdienenden, etc.) ergreift die Stadt? Wirken diese? Welches Konzept der Innen- vor Außenentwicklung verfolgt die Stadt Braunschweig?

Die BIBS-Fraktion fordert deutlich mehr Maßnahmen der Verwaltung ein, den Wohnstandort Braunschweig mit seinen bestehenden Potentialen (und Wohnungsangebot) zu bewerben. Eine Wohnstandortberatung, angegliedert an die Bürgerberatung, kann beispielsweise Wohnungssuchende bedürfnisorientiert beraten und auch die Folgekosten (höhere Energieverbrauch, Zeitressourcen, Freizeitangebote, etc.) eines Wohnstandorts im Umland gegenüberstellen.

Eine Baulandausweisung am Buchenberg, die dazu mangelhaft mit öffentlichem Nahverkehr erschlossen wird (Wege zur nächsten Haltestelle über 1000m), ist planerisch nicht sinnvoll. Wer den motorisierten Individualverkehr vermindert bzw. Verkehrsvermeidung als eine Strategie der Energie- und Emissionsminimierung in Betracht zieht, kann dem Projekt nicht zustimmen.

Das Kanzlerfeld wartet bis heute auf eine attraktive Stadtbahnanbindung.

Die Fehler, die jetzt durch die unqualifizierte Ausweisung von Bauland begangen werden, müssen spätere Generationen ausbaden. Eine nicht ausgelastete Infrastruktur zu erhalten bzw. zurückzubauen, wird ein teurer Spaß für die Steuerzahler in 15 bis 20 Jahren.